



Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2020 folgende

Resolution

Forderung nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes

Die Bezirksvertretung Neubau verständigt sich darauf, die Forderung nach einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens proaktiv zu unterstützen und zu kommunizieren.

Begründung

Die Corona-Krise hat alle ArbeitnehmerInnen fest im Griff. Um zigtausende Menschen vor Arbeitslosigkeit zu schützen, hat die Sozialpartnerschaft in Rekordzeit die Corona-Kurzarbeit erarbeitet und mittlerweile fast eine Million Menschen davor bewahrt, ihren Job dauerhaft zu verlieren.

Nicht alle konnten mit der Corona-Kurzarbeit geschützt werden, viele Firmen haben leider voreilig ihre MitarbeiterInnen beim AMS gemeldet. Besonders dramatisch hat es unsere Erwerbstätigen in Neubau erwischt. Massiv davon betroffen sind vor allem Jugendliche, Selbstständige, Frauen und ältere ArbeitnehmerInnen. Kreativ-, Kunst- und Kulturschaffende.

Die Zahlen im Mai und vor allem die Prognosen für den Juni sehen leider keine Trendumkehr. Die ExpertInnen der Wirtschaftskammer (WKO), der Arbeiterkammer (AK) und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) gehen eher von einer weiteren Verschlechterung des Arbeitsmarktes aus.

Die Arbeiterkammer und der ÖGB warnen schon lange davor, dass 55 Prozent Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld nicht nur zu wenig und armutsfördernd sind, sondern sich Österreich im internationalen Vergleich mit anderen EU Staaten im untersten Drittel befindet.

Es braucht eine Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent Nettoersatzrate. Dieses Geld fließt zum größten Teil über den Konsum in den Wirtschaftskreislauf und wäre damit auch jetzt besonders wichtig, um unsere Wirtschaft in Neubau wieder anzukurbeln.

Arbeitslosengeld im OECD-Vergleich

in Prozent des Nettolohns

